

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 18 – 1. 9. 2014

türkei-expertin dr. renate sommer sieht erdogans partei akp trotz des wahlsiegs ihres bisherigen führers vor ernstesten problemen + thomas jansen lobt römische verfassungsreform + afd-ostpolitik-hauskrach + alter meeresanstieg-schwindel + willy wimmer (cdu) lobt putin

Mit immer neuen Einfällen wächst Wladimir Putins Propaganda Mehr Radio, Fernsehen und nicht zuletzt das Internet pflegen "Nahestehende"

Ende September startet der russische Auslandssender RT (Russia Today) seine angekündigten deutschen Sendungen. Am 21. August hat schon eine Mitarbeiterin das Projekt im Viethaus Berlin vorgestellt. Doch nicht Russen waren Gastgeber, sondern Jürgen Elsässer. Der linke Besitzer und Chefredakteur von *Compact* weitet von Woche zu Woche seiner Putin-Propaganda aus, seine Geldmittel scheinen inzwischen gewaltig. Woher? Weiß es z.B. der SPIEGEL? Hm.

Elsässer trat jetzt auch den außenpolitischen Streit in der AfD breit. Er hatte die Gründung der AfD stark unterstützt. Davon noch mehr nächste Seite.

Am 22. November will Elsässer in Berlin über 700 Teilnehmer plus Journalisten für seine *Compact*-Konferenz "Frieden mit Russland - Für ein souveränes Europa" (Plakat rechts!) zusammenholen. Russisches TV ist auch dabei.

Zu den Rednern zählen 1. Alexander Gauland, stv. Vorsitzender der AfD, 2. AfD-Nahestehender Prof. Dr. Karl-Albrecht Schachtschneider (klagte in Karlsruhe gegen EU, schrieb Buch über 'nicht souveränes' Deutschland), 3. Willy Wimmer (Ex-CDU-MdB u. Ex-PS der Verteidigung), 4. Natalja Narotchnitskaya, Direktorin des "Institut de la Démocratie et de la Coopération" Paris (vom russischen Geheimdienst gesteuert), 5. Alexej Puschkow (Vors. Auswärtiger Ausschuss der Duma. Es soll, so ist zu erfahren, auch der über 90jährige Egon Bahr zugesagt haben).

Die größte Eigenleistung der Russen in ihrer Offensive, von der die Gruppe *Compact* nur ein Element ist, wird das "Russian National Forum" vom 3.- 4. Oktober in Sankt Petersburg sein. Ort: Congress Hall des Hotel Holiday Inn. Teilnehmerzahl: 1500 (mit wieder W.Wimmer). Kaum Kosten der Teilnehmer: Nur Anreise ist zu zahlen.

Themen: "Was ist Nationalismus wirklich?", "Festigung von Nationalstaaten in Bündnissen", "Gefahren des Identitätsverlustes von Nationalstaaten", "Demografische Krise", "Kulturelle Integrität von Nationalstaaten". Diverse Themen Wirtschaft und Finanzen.

Zu dem Forum laden die Russen auch zahlreiche rechte Parteien aus den EU-Staaten ein, darunter z.B. Front National, FPÖ und flämische Separatisten.

Russisch-europäischer Hauskrach in der lavierenden AfD

"Eine Schande" und "Skandal" nannten einige der AfD verbundene Journalisten, darunter *Compact*-Chefredakteur Jürgen Elsässer, das Abstimmungsverhalten der AfD-Europaabgeordneten bei der Entscheidung des Europäischen Parlaments für schärfere Russland-Sanktionen. AfD-Chef Lucke und drei seiner Kollegen stimmten "JA" mit der (riesengroßen) Mehrheit, ein Mitglied enthielt sich, eines fehlte, nur eines (Pretzel) stimmte Nein.

Die Folge: Alexander Gauland, Vizechef der AfD, AfD-Spitzenkandidat in Brandenburg, drohte zeitweise mit Parteiaustritt und hält eine "Spaltung der Partei für denkbar, wenn die



da in Brüssel weiter vor der Nato kriechen". Der deutschnational-hessische Ex-CDU-Prominente hatte im Frühjahr auf dem AfD-Bundesparteitag in Erfurt Riesenbeifall für eine russlandfreundliche Rede erhalten und die Ablehnung von Sanktionen gegen Putin sofort locker erreicht. Er arbeitet (siehe oben! mit Kräften wie **Compact** zusammen, die noch extremer als er gegen USA, NATO und inzwischen auch Israel agitieren.

Kurios ist, dass sowohl CDU/CSU wie Medien noch immer stark am Bild einer AfD hängen oder kleben, die nur EU und EURO im Visier hat, was längst falsch ist. In NRW-Stadträten kam es sogar zu Abstimmungscoalitionen von AfD und NPD für kommunale Pöstchen.

Aus (wenigen) CDU-Kreisen kommt sogar der Gedanke, man könne vielleicht mit der AfD zusammenarbeiten, wenn sie die Konservativen sammle, die man verloren habe. Führende AfD-Leute gelten älteren Christdemokraten als seriös, z.B. Ex-BDI-Präsident Henkel. Wer so denkt, hat dessen Buch "Die Euro-Lügner" wohl nie gelesen. Oder Prof. Starbatty? Er ist bei den meisten Leuten aus Wirtschaft und Mittelstand seit Jahren unten durch wegen seiner wirtschaftspolitischen Horror-Visionen.

Nein, die Lage ist wahrhaftig anders und ernst. Der Krach über die Haltung der AfD zu Russland und hier nicht nur in Sachen Krim und Ukraine, kann die AfD spalten. Es wäre, da hatte schon Fanz Josef Strauß recht, nicht die erste Spaltung der Rechten bzw. von nach rechts driftenden Figuren. Doch noch niemand muss nervös werden! Genau hinsehen genügt.

WERKSTATT EUROPA

Renate Sommer MdEP: Erdogan siegte und sitzt doch unbequem **Jetzt sollte in der EU über den türkischen Wahltag hinaus gedacht werden**

Man musste dem designierten Staatspräsidenten der Türkei, Erdogan, zum Wahlerfolg gratulieren. Er selbst dürfte das Stimmresultat allerdings mit gemischten Gefühlen betrachten. Einerseits ist die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang ein Traumergebnis. Schaut man jedoch hinter die Zahlen, könnte Erdogans Traum von Alleinherrschaft in einem mit ganz umfassenden Machtbefugnissen ausgestatteten Präsidentenamt schon bald platzen.



Dr. Renate Sommer MdEP

Tatsächlich hat Erdogan nämlich keine Wähler dazugewonnen - trotz seiner riesigen Wahlkampfkasse, trotz Instrumentalisierung des Staatsfernsehens, trotz Bedrohung kritischer Journalisten und Medien und auch trotz der teuren Wahlmöglichkeit für die Auslandstürken. Sein Ergebnis beruht auf geringer Wahlbeteiligung, welche mit 72,9 % erstaunliche 16% unter derjenigen der letzten Kommunalwahl lag. Dies ist nicht nur auf die Ferienzeit zurückzuführen. Ganz offensichtlich blieben viele Oppositionelle der Wahl fern.

Der wenig bekannte gemeinsame Kandidat der beiden größeren Oppositionsparteien war kein Zugpferd und für die Anhänger der rechtsgerichteten MHP auch viel zu gemäßigt. Letztere dürften daher teilweise sogar für Erdogan gestimmt haben. Diese Wähler werden bei der Parlamentswahl aber anders entscheiden. Von dieser nächsten Parlamentswahl hängt es ab, ob Erdogan seinen großen Machttraum verwirklichen kann.

Eine erneute absolute Mehrheit der regierenden AKP, die eine entsprechende Änderung der türkischen Verfassung garantieren könnte, ist fraglicher geworden. Die Vorsitzenden von CHP und MHP hatten mit Ihsanoglu einen eher schwachen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, um ihre eigenen innerparteilichen Machtpositionen nicht zu gefährden. Bei der Parlamentswahl treten sie dann aber selbst an.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor für Erdogan ist der scheidende Staatspräsident Gül. Früher engste Verbündete, sind die beiden Machtmenschen Erdogan und Gül nun Konkurrenten. Sicher ist, dass das neue Wahlergebnis Gül insoweit den Rücken gestärkt hat, dass

Erdogan ihn nicht mehr ausbooten kann. Ein neuer Erfolg der AKP bei Parlamentswahlen erfordert also einen starken und profilierten Kandidaten. Doch ein solcher dürfte kaum bereit sein, alle Macht an einen starken Sultan abzutreten.

ERGÄNZUNG von ContraSalon:

Der in Qatar lebende, fanatische Hamas-Führer Khaled Meschal ist seit langem gern gesehener Gast auf AKP-Parteitagen in der Türkei. Er und seine Leute erreichten die immer weiter gesteigerten türkischen Waffenlieferungen an die Hamas. Man arbeitete dabei mit den iranischen Raketenlieferanten zusammen. Die Türken lieferten in diesem Rahmen Waffen für die Hamas, freilich in den letzten Monaten nicht mehr. Dahinter steckt der schwer zu verstehende Bruch der Türkei mit Israel nach einer Zeit der Zusammenarbeit.

Die negative Haltung Ankaras zeigt auch dies: Israel-Feinde aus mehr als 20 Ländern finanzieren jetzt einen erneuten Versuch für September, mit einem Schiff an der Gaza-Küste zu landen und Hilfsgüter zu entladen. Die israelische Marine hatte vor zwei Jahren einen solchen Versuch mit einem türkischen Schiff mit Gewalt stoppen müssen.

Wende-Start in Rom, Italien atmet auf

Von Dr. Thomas Jansen, Triest

Matteo Renzi hat eine erste große Hürde auf dem Weg zu einer bedeutsamen Verfassungsreform genommen. Der Senat hat nach harten Kämpfen gegen eine obstruktionistische Opposition und Gegner im eigenen Lager seiner Abschaffung – oder *Umwandlung* in eine Kammer der Regionen und Gemeinden - zugestimmt. Der Senat hatte bisher die gleichen Funktionen und Kompetenzen wie die Abgeordneten-Kammer. Da die Mitglieder der beiden Häuser aber nach unterschiedlichen Wahlsystemen bestimmt wurden, ergaben sich oft variable Mehrheiten, was dann regelmäßig im Gesetzgebungsverfahren zu Blockaden führte.



Premier Matteo Renzi

Die Zustimmung der Mehrheit des Senats war nur dadurch zu erreichen, dass Renzi sich mit *Berlusconi* darüber verständigt hatte, diese Verfassungsreform einschließlich der Wahlrechtsreform gemeinsam zu stemmen, unbeschadet der Rollen der jeweiligen Parteien in Regierung und Opposition. Dass diese Vereinbarung gehalten hat – bis jetzt – ist das eigentliche Wunder.

Der neue Senat setzt sich zusammen aus hundert Mitgliedern, von denen 95 von den Regionalparlamenten gewählt und fünf (für jeweils eine Legislaturperiode von fünf Jahren) vom Staatspräsidenten ernannt werden. Mitglieder bleiben auch die *Senatoren auf Lebenszeit*. Die Mitglieder des neuen Senats wirken bei den Gesetzen mit, **die die Regionen und Gemeinden direkt betreffen und haben kein Stimmrecht bei der Wahl des Regierungschefs, dem sie auch nicht das Vertrauen entziehen können.**

Zu dem jetzt vom Senat verabschiedeten Paket gehört auch die **Abschaffung der Provinzen**, die zwischen den Gemeinden und den Regionen eine zusätzliche, als überflüssig empfundene, politisch-bürokratische Etage bildeten. Außerdem werden die Kompetenzen der Regionen eingeschränkt, die sich aufgrund eines verfehlten Verfassungsartikels zu ihren Gunsten zu Hauptverursachern der Steuergeld-Verschwendung entwickelt hatten. Die Opposition gegen die Reform besteht aus der Bewegung „Fünf Sterne“ (Grillo), der *Lega*, SEL (die Linke) und einer nationalistischen Splittergruppe.



Mit Angela Merkel und Hans-Gert Pöttering
*Ein früher Th.Jansen, eine frühe
Kanzlerin, im 20. Jahrhundert. Jansen war der
erste Generalsekretär der transnationalen EVP*

Im Herbst geht das Reformpaket in die Abgeordnetenkammer, wo die Mehrheitsverhältnisse für Renzi sehr viel günstiger sind. Nach Zustimmung will Renzi das Ganze in einem Referendum **vom Volk bestätigen** lassen. Ein positives Ergebnis würde ihn stärken und ihm erlauben, **auch die strukturellen Reformen** des Wirtschafts- und Sozialsystems, der Bürokratie und der Justiz anzupacken.

Fußnote: Das Verdienst am bisherigen Erfolg der Verfassungsreform gebührt neben Renzi auch seiner zuständi-

gen Ministerin *Maria Elena Boschi*, 33 Jahre alt, Juristin, überzeugte Katholikin. Wie nannte die FAZ den römischen Premier? "Kirchgänger Matteo Renzi." Neue Verhältnisse? Hoffentlich - ohne den EU-Gründerstaat Italien geht's nicht.



*Manfred Weber CSU-MdEP,
.....EVP- Fraktionsvorsitzender*

Manfred Weber, neuer Vorsitzender der EVP-Fraktion (Christdemokraten) im Europäischen Parlament (der wieder stärksten Gruppe), wird in Polen bei der inzwischen schon traditionellen Krakauer Konferenz "Kirche-Europa" Ende September als Redner mitwirken. Weber hatte gleich nach der Europawahl nicht nur hocheifrig begrüßt, dass Wähler plus EVP **Jean-Claude Juncker** als Präsident der Brüsseler Kommission durchsetzen konnten. Er forderte den Weg fortzusetzen, um europäische Entscheidungen demokratischer und transparenter zu machen.

Stefan Scheil, Geschichtspräsident, ist seit einigen Jahren einer der Hauptverfechter der These, Polen trage am Kriegsausbruch von 1939 ebenso viel Schuld wie die deutsche Seite. Scheil ist Mitträger der "Bibliothek des Konservatismus", die eng mit der Wochenzeitung "Junge Freiheit" verbunden ist. Und die "Junge Freiheit" unterstützt die neue Partei **AfD**. Nicht unlogisch: Auch die Wochenzeitung "Der Schlesier", verbunden mit der schlesischen Landsmannschaft, unterstützt die **AfD** und druckt Scheil-Texte.

Andrej Kolesnikow, Moskauer Journalist mit besten Kreml-Quellen, sagte zu Thomas Fassbender von der "Jungen Freiheit", Putin werde am Ende die ostukrainischen "Freunde" und das Projekt "Neurussland" fallen lassen, wenn er "auf noch nicht ausgelotete Weise" genug Einfluss auf die Ukraine behalten könne.

Heinz-Christian Strache, Chef der österreichischen Rechtsaußenpartei FPÖ und ideologischer Partner der französischen "Front National" (FN), kritisiert jetzt immer heftiger US- und NATO- Sanktionen gegen Putins Ukraine-Politik: "30.000 Arbeitsplätze sind bei uns in Gefahr, sollen es noch mehr werden?" Im übrigen verletze Wien "die 1955 mit den Russen vereinbarte Neutralität".



Heinz-Christian Strache FPÖ

Sven von Storch Sprecher der "Zivilen Koalition" in Berlin, aus der große Teile der **AfD** hervorgegangen sind, sagte in Brüssel: "Nun kann Russland die Bankenunion-Haftung auslösen." Die in der EU beschlossene Bankenunion sei "objektiv verfassungswidrig" und "schlimmer als alle Euro-Rettungsschirme". Die Euro-Banken hätten 177 Mrd. Forderungen an Russland.

Klaus-Eckart Puls, oppositioneller Klimaforscher, hat sich auf das Ansteigen der Meere spezialisiert. Die Küsten-Pegel-Messungen, so fasst er zusammen, ergäben über 200 Jahre lang einen jährlichen **linearen** Anstieg von 1,6 mm. Hingegen komme das Satelliten-System TOPEX/POSEIDON/JASON auf "3,2 mm **linear**". Diese Diskrepanz gelte weltweit als ungeklärt. Entscheidend für die Auseinandersetzung mit dem umstrittenen (politischen) Klimarat IPCC sei aber, dass alle Anstiegsmessungen nach wie vor linear weiterverlaufen: "**Anthropogenes CO₂ hatte und hat keinerlei Auswirkung auf den Meeresanstieg**". Dies stellen auch ausdrücklich die mit Meereseinflüssen vertrauten niederländischen Behörden fest. Sie sagen, man habe immer deichen und bauen müssen, nicht CO₂ sparen.

Klaus Ridder, in Siegburg im Ruhestand lebender Diplomingenieur und Experte für Gefahrguttransporte, schüttelte den Kopf über den **Bonner General Anzeiger**. Ridder war auf Bundesebene jahrelang der höchste Fachmann für z.B. nukleare Transporte. Die Zeitung hatte geschrieben, ein "Atomtransport" sei vorbeigerollt und gefährlich gewesen. Ridder: "Allein schon die Äußerung '**hochgiftiges Uranhexafluorid**' ist falsch." Es sei nur schwach radioaktiv. Weiter: "Uranerze stellen ebenfalls bei der Beförderung keine

besondere Gefahr dar, denn sie sind wenig radioaktiv." Jahrzehntlang habe es weltweit keine Todesopfer durch verstrahlte Transporte gegeben. Man halte sich an die bewährten Regeln der Internationalen Atomenergie-Organisation (der UN) in Wien.

PS. Mein Freund Ridder war kürzlich im Urlaub in Schweden und besuchte - nicht zum ersten Mal - ein Kernkraftwerk. Dortselbst kann man auch ein **Endlager** besuchen. Nach Berliner Verlautbarungen existiert bekanntlich **"weltweit noch kein einziges Endlager"**. Wie man hinkommt und hinabkommt, wird bald in ContraSalon stehen. Hilfreich ist auch die schwedische Botschaft in Berlin.

=====

Alberne Wünsche von AfD-Politikern, nicht RECHTS genannt zu werden

In der AfD-Spitzengruppe bekennt sich der prominente hessische Ex-CDU-Mann **Alexander Gauland** zu "rechten" Positionen und kritisiert jene, die sich konservativ nennen und meinen, sie hätten damit gar keine rechten Positionen. Die Wochenzeitung **"JUNGE FREIHEIT"**, welche die AfD am stärksten unterstützt, hat sie stets als rechtsstehend bezeichnet und alle kritisiert, die gegen Gebrauch des Begriffs RECHTS Bedenken hatten.

Besonders signifikant ist die Lage im Europäischen Parlament. Dort gehören sieben AfD-Abgeordnete zur Fraktion der Konservativen (ECR), deren Mitglieder vom Präsidium und von allen Dolmetschern (französisch) zutreffend "droit/e" = rechts genannt werden. Die ECR ist drittstärkste Fraktion mit 70 Mitgliedern aus 15 Staaten.

Diese **ECR-Fraktion umfasst auch folgende Abgeordnete bzw. Parteien**, die als rechts oder sogar als rechtsaußen bezeichnet werden:

- Polen** Partei PRAWICA = "Rechte der Republik";
PiS = Partei Recht und Gerechtigkeit (Gegründet u.a. von den Kaczynskis)
Ausdrücklich rechts positioniert, konservativ-klerikal. Zwei Europaabgeordnete der PiS traten immer wieder als **zähe Deutschenfeinde** hervor: Marek Jurek und Ryszard Czarnecki. Beide arbeiteten auch gegen den Vertrag von Lissabon.
- Dänemark** Dansk Folkeparti DF. Gilt in allen dänischen Medien als rechtsradikal oder rechts. Sie ist militant ausländerfeindlich
- Belgien** NVA. Diese Neue Flämische Allianz steht rechts, will Belgien spalten, hat Antisemiten in den Räten großer Städte wie z.B. Antwerpen.
- Bulgarien** Die Partei IMRO ordnet sich selbst als rechts ein.
- Litauen / Lettland** Litauen hat eine rechte polnische Minderheitspartei, in Lettland die LNNK, stets an den Feiern zum Gedenken an die lettische SS teilnimmt.
- Niederlande** Abgeordnete der "Christen Union" und der Partei der Reformation grenzen sich von den niederländischen Christdemokraten ausdrücklich als "rechts" oder christlich-konservativ ab.
- Slowakei** Im EP vertreten ist die nationalistische "nova" = "Neue Mehrheit"

"Ein Stück aus dem Tollhaus"

(Titel übernommen vom prorussischen Magazins COMPACT, Berlin)

Gast Autor: Willy Wimmer, CDU

(Klammer-Anmerkungen wie z.B., "!" oder "sic!" oder Infos stammen von ContraSalon)



Willy Wimmer, Ex-CDU-MdB

Willy Wimmer, geb. 1943 im heutigen Mönchengladbach, Anwalt,

Frühe JU- und CDU-Karriere in der CDU Rheinland, 1976 bis 2009 MdB. (damals WK Krefeld/Neuss)

1988 -1992 Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium.

1994 - 2000 Vizepräsident der parlamentarischen OSZE-Versammlung.

.....
Die Bundeskanzlerin spricht oder lässt sprechen. Aus den Telefonaten mit dem russischen Präsidenten [Wladimir Putin](#) bleibt eines in Erinnerung. Putin solle doch Druck auf die ostukrainischen Landwehren (!) zwecks Feuereinstellung und friedlicher Konfliktbeilegung ausüben. So weit so gut.

Niemand hat je etwas davon gehört, dass die Bundeskanzlerin den noch im Amt befindlichen NATO-Generalsekretär angerufen hat. Dabei hätte sie jeden Anlass, denn Herr [Rasmussen](#) aus Kopenhagen macht überhaupt kein Hehl daraus, dass die NATO in der innerukrainischen Auseinandersetzung Partei auf der Seite Kiews ist. Damit ist jede Glaubwürdigkeit der NATO – wie man so schön im Volksmund sagt – «im Eimer». Das schlägt natürlich auf die in Berlin bekannt gemachten Telefonate zwischen der Bundeskanzlerin und Präsident Putin voll durch. Welche Glaubwürdigkeit nimmt die Bundeskanzlerin für sich in Anspruch, wenn der NATO-Generalsekretär schon darauf pfeift?

Die Bundeskanzlerin sollte eines sehr nachdenklich machen: Nach einer Umfrage, die von einer Hamburger Stiftung (dort: Egon Bahr) in Auftrag gegeben wurde, sind rund 80 Prozent der deutschen Bevölkerung mit der Politik der Bundesregierung in diesem Zusammenhang unzufrieden. Genau darauf hat vor einigen Wochen der CSU-Bundestagsabgeordnete und Vize seiner Partei, [Dr. Peter Gauweiler](#) (mit Wimmer seit Jahrzehnten befreundet), vor den Absolventen der Bundeswehr-Universität in Hamburg in einem geradezu revolutionärer Vortrag über die Fundamente der deutschen Verteidigungspolitik hingewiesen. **Was** machen wir in der Ukraine und seit Jahrzehnten gegenüber Russland? Das genaue Gegenteil. "Wir haben Recht, weil wir es machen." Auch dafür hat der Volksmund einen guten Satz zur Hand: Hochmut kommt vor den Fall. Die Frau Bundeskanzlerin sollte noch aus einem anderen Grund auf die Umfragen achten, vor allem die russischen. Die rund 80 Prozent, die in Deutschland gegen ihre Politik sind, das sind auch die rund 80 Prozent, die in Russland hinter der Politik des russischen Präsidenten Putin stehen.

Das Handelsblatt aus Düsseldorf hat die Problematik in eine Karikatur gepackt, bei der Präsident [Barack Obama](#) die deutsche Bundeskanzlerin mit einer im Arm befindlichen Puppe geradewegs in einen offenen Kanalschacht führt. Sanktionen, die die USA uns auferlegen, haben diese Wirkung. Das kann man in Düsseldorf gut beurteilen. So sind es doch in jedem Jahr 160.000 Übernachtungen, die dort russische Staatsbürger buchen.

Wie wir seit Jahrzehnten wissen, sind sie Gäste der guten Art. Ihr Auftreten ist angenehm (?), sie fallen nicht auf (?), lassen sich in der angesehenen Uni-Klinik medizinisch behandeln und geben jede Menge Geld in den noblen Geschäften auf der Kö (Königsallee) aus. Soll das alles den Bach hinunter gehen?

Da die wirtschaftlichen Kriegskassen US-amerikanischer Unternehmen alleine schon deshalb mehr als gut gefüllt sind, weil man in Europa so herrlich steuerbegünstigt Geschäfte machen und damit Erlöse erzielen kann, dürfte man endlich mit den Folgen der uns oktroyierten Sanktionen dem Ziel näherkommen, die Filetstücke der deutschen mittelständischen Industrie zu ergattern. Das hatte man ohnehin vorgesehen, nachdem die «Deutschland AG» zerschmettert werden konnte. Die selbstorganisierte ("sic!") Krise infolge von «Lehman-Brothers» hatte dieses Ziel kurzfristig verhindert.

Da die Sanktionen gegen Russland neben den Bürgern gerade den deutschen Mittelstand schwächen werden, dürfte man das eigentliche Kriegsziel in der Übernahme der Schmuckstücke der deutschen mittelständischen Industrie - wie vorgesehen - bald erreichen. Dazu sagt Berlin «Ja und Amen». Wie sie auch den NATO-Generalsekretär mit seinem besonderen Verständnis für völkerrechtswidrige Kriege á la Irak gewähren lässt."

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 / 53343 WACHTBERG. Tel. 0228 – 324381

e -mail: post@jwahl.de // Ihre **Spende deckt steigende (!!!) Kosten -
[bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805](#)**